

Bildungsreform 2015 – Fortschritt oder Rückschritt?

Veranstaltung im Rahmen des Weis(s)en Salons der Weis(s)en Wirtschaft am 10. 12. 2015

Nach einführenden Worten des Sprechers der Weis(s)en Wirtschaft **Mag. Peter Brandner** hält **Univ. Prof. Dr. Stefan Hopmann** sein Impulsreferat. In der am 17. November vorgestellten Bildungsreform der Bundesregierung sieht er einerseits weniger als erhofft, andererseits mehr als erwartet. Man habe sich nicht auf ein Konzept sondern auf einzelne Punkte geeinigt, die unterschiedlich interpretiert werden. Im Vordergrund aller Bildungsdiskussionen stehen seit Jahren die beiden Parameter Excellence (Leistung) und Equity (Chancengleichheit). Leistung sei ungleich verteilt, aber eine Gleichheit in dem Sinne herzustellen, dass sich z. B. die Maturantenquote über alle sozialen Schichten gleich verteile, sei unmöglich.

In den letzten Jahren könne eine Explosion der Bildungsforschung festgestellt werden. Man müsse aber alle gesetzten Maßnahmen immer im Kontext sehen und untersuchen: unter welchen Bedingungen wirkt etwas in welche Richtungen.

Hopmann geht dann auf zwei Punkte näher ein: *Schulautonomie* und *Modellregionen*.

Bei der *Schulautonomie* führe derselbe Regelungsrahmen an unterschiedlichen Standorten zu unterschiedlichen Ergebnissen. Um erfolgreich zu sein, könne Autonomie nicht verordnet werden, sie müsse erzeugt werden. Es müsse klar sein, wer wofür zuständig ist und Schulen sollten nach dem Prinzip von „distributed leadership“ (eine Führungsperson wird von vielen Mitführenden unterstützt) geleitet werden. Es müsse eine echte und grundlegende Autonomie im Bereich der Curricula, des Budgets und der Personalstrukturen geben. Im derzeitigen Konzept sei nur von einer Schulleiterautonomie die Rede, die einiges rechtlich absichere, was manche Direktorinnen und Direktoren ohnedies schon tun. Von echter Autonomie könne keine Rede sein.

Herausgefallen aus dem Konzept seien Themen wie Inklusion, Heterogenität, Dienstrecht, die zwar diskutiert wurden, wo es aber offenbar keine Einigung gab. Jene Personen, die Autonomie umsetzen sollen, geraten zwischen zwei Mühlsteinen: das Alte bestehe weiter, das Neue gebe es noch nicht.

Hopmann warnt vor der Gefahr eines Kollateralschadens und einer Autonomie-Blockade. Das könnte dazu führen, dass starke Standorte einiges durchsetzen werden, schwache Standorte aber noch schwächer werden.

Für die Errichtung von *Modellregionen* sieht **Hopmann** keinen wissenschaftlichen Bedarf sondern eine Form der „Nichtentscheidung“. Man könne nicht von einzelnen Standorten oder Regionen auf andere schließen. Gegliederte Schulsysteme seien unstrittig auf Excellence ausgerichtet und bilden die sozialen Schichten ab, das Gymnasium sei konzipiert als Gesamtschule des Bürgertums.

In einer Gesamtschule sei Excellence zumindest fraglich, es gebe bessere und schlechtere Systeme. Das gegliederte Schulsystem erziele insgesamt bessere Ergebnisse, außer am Ende der Pflichtschulzeit.

Eine Umstellung bei den Systemen (Finnland wechselte vom gegliederten System zur Gesamtschule, Ungarn ging den umgekehrten Weg) habe keine signifikante Änderung bei den Ergebnissen gezeigt.

Das Erreichen der angestrebten Equity im Gesamtschulsystem sei fraglich. Das liege an vier Faktoren.

- Trägerschaft (öffentlich, frei, privat)
- Sozialgeographie (Einzugsbereich)
- Programme (bilingual, Musik, Sport, Begabung)
- Internes Tracking (z.B. Kursdifferenzierung)

In Finnland ist die Anzahl der Privatschulen gestiegen und in Helsinki ziehen die bildungsnahen Eltern in bestimmte Wohnviertel. An Bildung interessierte Eltern wissen, dass sie heutzutage vor allem Bildung vererben können.

Entmischungsversuche der Politik treffen auf starken und in der Regel erfolgreichen Widerstand der

ressourcenstärksten Kreise. Langfristig sei keine Verbesserung bei der Equity festzustellen. Die Gefahr bestehe allerdings, dass jene Jugendlichen auf der Strecke bleiben, die es bisher wider Erwarten geschafft haben.

Hopmann meint weiter, dass in Österreich eine Gesamtschule zu spät komme. Ob der Prozentsatz 15 oder 100 betrage sei egal. Es gebe keinen empirischen Grund anzunehmen, dass sich auf diesem Wege Equity oder Excellence nachhaltig verbessern ließen. Man könne Eltern auch nicht daran hindern auszuweichen. Mittel- und langfristig werde es dazu führen, dass die sozio-ökonomischen Ressourcenunterschiede einen noch größeren Einfluss haben werden als bisher.

Politiker versprechen Gleichheit, ihre teilweise übertriebenen Erwartungen könnten aber nur durch die Lehrerinnen und Lehrer erfüllt werden. Ihnen werde auch sofort die Schuld gegeben, wenn das nicht funktioniere. Gute Schule könne aber nur durch ein Zusammenwirken aller Schulpartner in ihrem sozialen Umfeld entstehen.

Zum Abschluss appelliert **Hopmann** an jene, die kein Kind zurücklassen möchten:

- beendet den Streit über kontraproduktive Themen und Modelle
- sorgt für die Auflösung aller blinden Flecken
- verhindert Kollateralschäden durch überbordende Kontrolle
- konzentriert die Bemühungen auf die „Marginalisierten“ : stärkt gezielt jene, die es schaffen könnten, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten
- stärkt die lokale Handlungsfähigkeit statt nur formale Autonomie zu gewähren und sucht dafür die erweiterte Schulpartnerschaft

Ob die Bildungsreform ein Fortschritt oder Rückschritt sei, könne er derzeit nicht sagen. Er ist aber nicht sehr optimistisch, dass es gelingen werde Kollateralschäden zu vermeiden.

An der **Podiumsdiskussion** nehmen neben Hopmann Elternvertreterin Dr. Susanne Schmid, BHS Lehrervertreter Mag. Jürgen Rainer, Bundesschulsprecher Maximilian Gnesda und der Bildungssprecher der Grünen Dr. Harald Walser teil.

Schmid ist entsetzt, dass laut Bildungsreformprogramm die Schulpartner nicht mehr in die Entscheidungen bei den Standorten in Modellregionen eingebunden werden sollen. Die Schulautonomie geht ihr zu wenig weit und sie beklagt den Mangel an Supportpersonal in den Schulen. Im Klassenzimmer dürfe nicht gesparrt werden.

Rainer beklagt, dass es keine Studie über die Bedürfnisse der Lehrerschaft gebe. Wie könne alles vermieden werden, das Lehrerinnen und Lehrer daran hindere guten Unterricht zu machen. Er sieht eine Reformitis im Bildungswesen und fragt, welcher Schüler/welche Schülerin durch die Kompetenzbeurteilungsraster bei Deutschmaturaarbeiten besser werde.

Walser kann den Ärger über die vielen „Reförmchen“ nachvollziehen. Den Raster sieht er als völlig überflüssig an. Grundsätzlich stellt er ein überdurchschnittliches Gerechtigkeitsproblem fest, sowohl sozial als auch regional, wenn man die Unterschiede zwischen Bregenzer Wald und Hermagor (dort gibt es kein Gymnasium) und dem 1. Wiener Gemeindebezirk hernehme. Auch bei der Begabungsförderung müsse man neue Wege gehen. Modellregionen böten eine Möglichkeit für einen Durchbruch zu mehr Gerechtigkeit.

Gnesda sieht die Reformvorschläge zwiespältig und vor allem als Machtspiele zwischen Bund und Ländern. Die Schulpartner waren nie wirklich involviert, es sei auch nie um die Schülerinnen und Schüler gegangen. Die Schülervvertretung stehe hinter dem differenzierten Schulsystem. Auch er beklagt das fehlende Supportpersonal Er hofft auf die Gesetzgebung und meint, man solle nicht alles schlecht reden.

Laut **Walser** ist die Bildungspolitik sehr interessensgeleitet und die Gewerkschaft erweise sich als Verhinderer. Für jede Studie gebe es evidenzbasierte Gegenstudien. **Rainer** weist zurück, dass die Gewerkschaft blockiere. Er lobt die Zusammenarbeit der Schulpartner. **Hopmann** entgegnet Walser, dass die Wissenschaft keine Politik mache sondern diese berate. Modellregionen seien zum Schei-

tern verurteilt, der Übergang Volksschule – AHS müsse aber entkrampft werden. Das Zillertal als Modellregion zu bezeichnen sei merkwürdig. **Schmid** wünscht sich mehr Qualitätssicherung durch Maßnahmen in der Klasse und spricht die Wanderpokale an. **Walser** beklagt, dass das Parteibuch eine große Rolle spiele und Qualität verhindere. Das Zillertal sei tatsächlich keine Modellregion, in Vorarlberg wäre das anders. Auch die Privatschulen müssten sich beteiligen. **Hopmann** schüttelt den Kopf.

Ein **Teilnehmer** kritisiert, dass im Bildungsprogramm die Inhalte zu wenig im Vordergrund stünden, dass man über Bildung und Ausbildung reden müsse und dass Österreich gemessen am BIP Anteil zu wenig Geld für die Bildung ausbe. Ein anderer **Teilnehmer** beklagt die geplante Auflösung der Sonderschulen.

Laut **Hopmann** ist der BIP Anteil ein untaugliches Mittel um die Kosten zu berechnen. Österreich liege unter den TOP 5 Staaten der Welt bei den Aufwendungen pro Schüler. Skandinavische Länder gäben nicht mehr Geld aus, verteilten es aber besser. Man könnte für einige Aufgaben pädagogische Assistenten an Stelle von Lehrkräften einsetzen. **Walser** spricht sich für Bildung und Ausbildung an Schulen aus und stellt den Fächerkanon in Frage. **Rainer** meint, Bildung sei in Österreich nicht in der Krise.

Der ehemalige Rektor **Dr. Georg Winckler** spricht sich für eine Stärkung der lokalen Handlungsfähigkeit und für eine Reform des Dienstrechts aus. Die Differenzierung mit 10 sei zu früh. Ein **Teilnehmer** beklagt, dass nur über Strukturen und zu wenig über Ziele gesprochen werde. Die **Elternvereinsobfrau** der HTL Mödling berichtet, dass die Schule vom Elternverein jährlich 70 000 – 80 000 brauche um ihr Programm aufrecht erhalten zu können. 580 Maturantinnen und Maturanten pro Jahr suchen Diplomthemen, Sponsoren, das sei nicht einfach.

In der Abschlussrunde betont **Rainer** die Durchlässigkeit des Schulsystems im BHS Bereich und verweist auf die gelungene Integration von Flüchtlingskindern in diesen Schulen. **Walser** meint, dass man über Strukturen sprechen müsse wenn sie Inhalte behindern. Spezifisch für Österreich sei das Duale System, das sich aber in einer Krise befinde, und die BHS Ausbildung. Er beklagt die verschiedenen Zuständigkeiten für die Schulen (Bund, Land, Gemeinde) die Zusammenarbeiten verhindern. Laut **Hopmann** gehört Österreich bei den Übergängen zu den TOP 5 Ländern in Europa, es habe aber Probleme bei den Leistungen zum Zeitpunkt des Pflichtschulabschlusses. Er appelliert nochmals, jenen gezielt zu helfen, die es brauchen. Bei der Binnendifferenzierung hätte man alles schon längst machen können. Daran anschließend betont **Schmid** die Bedeutung der Individualisierung. Sie hofft auf eine Stärkung der erweiterten Schulpartnerschaft, derzeit werde der SGA sukzessive demontiert. Auch Lehre ohne Matura müsse etwas wert sein. **Gnesda** kritisiert, dass man auf die Schulpartner bei der Bildungsreform vergessen habe. Er wünscht sich einen breiten Fächerkanon aus dem Schülerinnen und Schüler eine Auswahl treffen können.

Dr. Christine Krawarik